

Erfolgreicher Opportunismus

Landtagswahl in Thüringen: Richtungsentscheidung für die Linkspartei, aber nicht für das Bundesland

Nico Popp

Man kann Bodo Ramelow, der sich am Sonntag als Spitzenkandidat seiner Partei erneut zur Wahl stellt, nicht nachsagen, dass er in seiner Zeit als Regierungschef in Erfurt gar nichts in Bewegung gebracht hat. Es ist ihm, wie sich in diesen Tagen zeigt, nämlich gründlich gelungen, die 2014 noch überwiegend feindselige Haltung der bürgerlichen Öffentlichkeit und der Bürgerpresse gegenüber der Thüringer Linkspartei und seiner Regierung in ihr glattes Gegenteil zu verkehren.

Vor fünf Jahren hatte er die in ihrem Amt sichtlich überforderte CDU-Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht nur deshalb ablösen können, weil in der Landes-SPD nach jahrelangen Auseinandersetzungen die Theologen-Fraktion entmachteter worden war, die die Partei auf eine Rolle als Mehrheitsbeschaffer für die CDU festgelegt hatte. Ramelows Einzug in die Staatskanzlei führte zu medial wohlwollend begleiteten Protesten; auf dem Erfurter Domplatz demonstrierte mehrmals eine Koalition aus rechten SPDlern, AfD-Anhängern, ortstypischen Unternehmern und lokalen Protagonisten der »Demokratiebewegung« von 1989 gegen die »Wiederkehr des Sozialismus«. Noch 2017 wechselte eine SPD-Landtagsabgeordnete mit der Behauptung zur CDU, dass die Koalitionsregierung von »dogmatisch-ideologischen Führungskadern der Linken« beherrscht werde.

Mit solchen Albernheiten wagt sich inzwischen weder in Thüringen noch andernorts irgendwer auf die Straße. Nahezu jede große bürgerliche Zeitung hat vor der Wahl am Sonntag ihren Frieden mit Ramelow gemacht; Thüringer Unternehmer geben mit regelrechtem Eifer zu Protokoll, dass sie diesmal Ramelow wählen. Und auch die höchste Gewalt hat ihr Urteil gesprochen: Exbundespräsident Joachim Gauck, 2014 noch ein prominenter Warner vor der roten Gefahr in Thüringen, meldete sich Anfang Oktober mit der Aufforderung an die CDU zu Wort, nach der Wahl Gespräche mit der Linkspartei nicht auszuweichen. Denn Ramelow gehöre keineswegs zu den »Hardcore-Kommunisten«, sondern habe gezeigt, dass er »mit einem linken Profil dieser Gesellschaft nicht schadet«.

Der Ministerpräsident hat in den vergangenen fünf Jahren mit ununterbrochenen erinnerungspolitischen Verbeugungen vor der antikommunistischen Staatsräson hart um diese Anerkennung gekämpft. Gauck hat nun öffentlich registriert, dass das alles keine Taktik, sondern wortwörtlich so gemeint war. Geholfen hat dabei ganz gewiss, dass die Bilanz der fünfjährigen Regierungstätigkeit Ramelows so aussieht, als würde in der Staatskanzlei immer noch Christine Lieberknecht die Kabinettsitzungen leiten.

Während Ramelow weiter die Nähe zum bürgerlichen Lager sucht und hinreichend deutlich gemacht hat, dass für ihn nach der Wahl am Sonntag eine Zusammenarbeit mit der CDU vorstellbar ist, stellt er zunehmend offen zur Schau, wie gleichgültig ihm die inhaltlichen Debatten seiner Partei sind. Auf Ramelows Wahlkampfplakaten fehlt das Logo der Linkspartei. Er sei keiner, »der Parteiprogramme runterdekliniert«, sagte er kürzlich. Im aktuellen Spiegel ließ er sich mit dem Befund zitieren, dass er die von den Parteifreunden in Berlin geführte Diskussion über die Enteignung von Wohnungskonzernen für »überflüssig« halte. Und zu der Spitze der Bundespartei halte er Abstand, denn »vom Regieren hätten die keine Ahnung«.

Ramelow hat vor wenigen Tagen abgestritten, eine Rolle in der Bundespartei anzustreben. Dennoch ist der Ausgang der Landtagswahl von erheblich größerer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Partei Die Linke als die des Landes Thüringen. Sollte die Linkspartei am Sonntag gut abschneiden und es Ramelow sogar gelingen, sein Amt zu verteidigen, dürfte das zu einer Stabilisierung der innerparteilichen Position der nach mehreren

schweren Wahniederlagen angeschlagenen »Reformer« aller Schattierungen führen. Das war sicher auch gemeint, als Katja Kipping am Montag in Berlin sagte: »Wir spielen jetzt auf Sieg, und was danach kommt, besprechen wir danach.«

Knapper Ausgang erwartet

In Thüringen sind am Sonntag 1,73 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen, der aus mindestens 88 Abgeordneten bestehen wird. In dem Bundesland stellte die CDU zwischen 1990 und 2014 ununterbrochen den Ministerpräsidenten. Seit 2014 regiert Bodo Ramelow (Die Linke) mit den Koalitionspartnern SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Erfurt. Die drei Fraktionen haben im Landtag eine äußerst knappe Mehrheit von nur einer Stimme. Die Umfragen sagen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem »rot-rot-grünen« Lager auf der einen und CDU und AfD auf der anderen Seite voraus, die – wie die drei Regierungsparteien – zusammen auf knapp 50 Prozent kommen könnten. Rutscht auch die FDP, die 2014 mit 2,5 Prozent schlechter abschnitt als die NPD, in den jüngsten Umfragen aber bei fünf Prozent liegt, in den Landtag, ist eine Neuauflage der bisherigen Regierungskoalition voraussichtlich unmöglich. Ohne den Einzug der FDP ist sie zumindest unsicher, da SPD und Grüne in den Umfragen jeweils unter zehn Prozent liegen. Die Linkspartei dagegen scheint Aussichten zu haben, ihr Ergebnis von 2014 (28,2 Prozent) zu wiederholen.

Die Wahlbeteiligung ist in Thüringen traditionell niedrig und lag seit 1999 immer unter 60 Prozent; 2014 gaben nur noch 52,7 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Am Sonntag wird sie voraussichtlich wieder höher ausfallen, da vor allem die AfD nach den bisherigen Erfahrungen in erheblichem Umfang Nichtwähler mobilisiert. Um linke Wähler, die sich von der Linkspartei abgewendet haben, und natürlich auch um Nicht- und Erstwähler werben die KPD und die MLPD mit jeweils eigenen Landeslisten. (np)

<https://www.jungewelt.de/artikel/365484.wahl-in-thueringen-erfolgreicher-opportunismus.html>